

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Diskussion (I)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) steht in der Kritik, wohl noch nie so heftig in seiner langen Geschichte – und das nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz und in Österreich. In Deutschland wurde die ohnehin an den Fundamenten rüttelnde Kritik erheblich befeuert durch Bekanntwerden von Misswirtschaft, Beitragsmissbrauch und mangelnder Kontrolle beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Großes Aufsehen erregte WDR-Intendant Tom Buhrow, der sich im Herbst 2022 bei einer Veranstaltung in Hamburg für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aussprach und konstatierte: „Mein fester Eindruck ist: Deutschland scheint uns in zehn Jahren nicht mehr in dem Umfang zu wollen – und auch finanzieren zu wollen wie heute“.

Die Kritik am ÖRR ist groß, sei es mit Blick auf Programminhalte („Staatsfunk“, „links-grüne Meinungsdominanz“), Strukturen („völlig unnötige Doppelstrukturen“, „viel zu viele Radioprogramme“), Organisation („dilettantisches Management“), Finanzen („Verschwendung“, „Zwangsgeld“) oder auf den medialen Wettbewerb („unzulässiger Wettbewerbsvorteil“). Nur zwei Beispiele:

- Kritik an der journalistischen Qualität, Stichwort: tendenziöse Berichterstattung: „Grundsätzlich halten wir den ÖRR für eine Errungenschaft, die wir wertschätzen und bewahren wollen. Aber es muss ein ÖRR sein, der das Ausgewogenheitsgebot ernst nimmt, und keiner, der bei nahezu allen politischen Konfliktthemen, insbesondere bei Klima und Energie, Migration und Identitätspolitik einseitige Narrative verbreitet“ (Andreas Rödder, Denkfabrik R21, zit. nach FAZ vom 25.08.2023)

- Angeblicher unlauterer Wettbewerb, Stichwort: Presseähnlichkeit: „dass eine Klarstellung erforderlich sein könnte, dass Textangebote, gerade auch regionale und lokale, presseähnlich und damit grundsätzlich unzulässig sind. Künstlich konstruierte Sendebzüge oder Umgehungen über kommerzielle Töchter halte ich für inakzeptabel. Wenn ich so manche Internetseite aufrufe und das Gefühl habe, eine digitale Zeitung vor mir zu haben, ist das nicht vom Staatsvertrag intendiert gewesen. Insgesamt erwarte ich da deutlich mehr Zurückhaltung von den Anstalten“ (Rainer Robra, Chef der Staatskanzlei und Kulturminister von Sachsen-Anhalt, zit. nach FAZ vom 22.09.2023)

So nimmt es nicht Wunder, dass bezüglich der künftigen Ausrichtung von ARD, ZDF und Deutschlandradio große Unsicherheit herrscht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk befindet sich womöglich in seiner größten Legitimationskrise. Um ihn in seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten, sind offensichtlich grundlegende Veränderungen erforderlich.

Wie auch immer: es bleibt spannend! Wir als Fachzeitschrift Medienwirtschaft wollen uns in die aktuellen Diskussionen einbringen und starten die Serie „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Diskussion“. Wir lassen Stimmen aus unterschiedlichsten Perspektiven zu Wort kommen, geben Überblick über aktuelle Entwicklungen, markieren wichtige Positionen, interviewen interessante Persönlichkeiten, bilden gutachterliche Statements ab. Die Serie ist über mehrere Hefte angelegt.



© Wavebreakmedia/Micro - Fotolia